

Das Abwürgen echter wissenschaftlicher Untersuchungen

geschrieben von Chris Frey | 29. September 2021

Willie Soon und Ronan Connolly

Wir haben vor kurzem einen neuen Bericht über den Klimawandel in der von Experten begutachteten wissenschaftlichen Zeitschrift *Research in Astronomy and Astrophysics* (RAA) veröffentlicht. Die fast zwei Dutzend Mitautoren unseres Berichts sind Experten für Sonnenphysik und Klimawissenschaft aus 14 Ländern. Wir haben uns mit der Rolle der Sonne beim [Klimawandel](#) befasst. Dabei stellten wir fest, dass man die globale Erwärmung seit dem 19. Jahrhundert je nach Auswahl der wissenschaftlichen Datensätze als überwiegend natürlich oder überwiegend vom Menschen verursacht erklären kann. Die große Ungewissheit in einer so wichtigen Frage gibt Anlass zu großer Sorge.

Wenige Tage nach der Veröffentlichung unseres Papiers veröffentlichte das IPCC seinen 6. Zustandsbericht. Das IPCC AR6 kam zu dem Schluss, dass die jüngste globale Erwärmung fast ausschließlich vom Menschen verursacht wurde.

Der Journalist Alex Newman war von dem Kontrast zwischen den beiden Berichten beeindruckt. Er interviewte uns, Vertreter des IPCC und mehrere andere Wissenschaftler für einen [Artikel](#) in der Epoch Times.

Die Menschen begannen, Newmans Artikel in den sozialen Medien zu teilen. Einer der „unabhängigen Faktenchecker“ von Facebook, Climate Feedback, schaltete sich schnell ein. Diese Website, die von Facebook, TikTok, Google News Initiative und anderen finanziell unterstützt wird, erklärte den Artikel für „falsch“ und „irreführend“. Facebook begann daraufhin, alle Beiträge zu zensieren, die diesen Link enthielten.

Als wir dies entdeckten, führten wir unseren eigenen „Faktencheck“ durch. Unter Verwendung des von Climate Feedback entwickelten „Faktencheck“-Rahmens fanden wir heraus, dass ihr lächerlicher „Faktencheck“ 11 der 14 Klassen von Fehlinformationen, vor denen die Website warnt, enthielt, während Newmans Artikel keine einzige davon enthielt.

Wir haben einen offenen Brief an diese vermeintliche „Fakten-Checker“-Website geschrieben und sie gebeten, ihren ungeheuerlichen „Fakten-Check“ zu korrigieren. Dieser kann auf [Ceres-Science.com](https://ceres-science.com) nachgelesen werden.

Der fast schon komische Charakter dieses angeblichen „Faktenchecks“ hat uns jedoch zu der Frage veranlasst, warum die wissenschaftliche Berichterstattung überhaupt einem „Faktencheck“ unterzogen wird.

Die beiden Bewertungen zum Klimawandel kamen zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen, weil sie unterschiedliche Ziele verfolgten und unterschiedliche Ansätze verwendeten.

Der IPCC wurde vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) ins Leben gerufen, um „wissenschaftliche Informationen zu liefern, die [Regierungen] zur Entwicklung von Klimapolitik nutzen können“. Wir können aus einem AP-Interview vom 30. Juni 1989 ersehen, an welcher „Klimapolitik“ das UNEP interessiert war:

Der Direktor des New Yorker UNEP-Büros, Noel Brown, sagt, dass ganze Nationen durch den steigenden Meeresspiegel ausgelöscht werden könnten, wenn der globale Erwärmungstrend nicht bis zum Jahr 2000 umgekehrt wird. ...Er sagte, dass die Regierungen ein 10-Jahres-Fenster haben, um den Treibhauseffekt zu lösen, bevor er sich der menschlichen Kontrolle entzieht.

Das UNEP hatte bereits vor dem ersten IPCC-Bericht von 1990 entschieden, dass der Mensch durch seine Treibhausgasemissionen für den Klimawandel verantwortlich ist.

Im Gegensatz dazu wurde unser Bericht von Wissenschaftlern für Wissenschaftler geschrieben. Unser Ansatz bestand darin, sowohl die Bereiche wissenschaftlicher Meinungsverschiedenheiten als auch die Übereinstimmungen zu untersuchen. Wir haben versucht, die gesamte Bandbreite wissenschaftlicher Meinungen zu beschreiben – auch wenn sie politisch unbequem sein könnten. Dies unterscheidet sich von dem Ansatz des IPCC, einen „wissenschaftlichen Konsens“ zu erzwingen, wenn es eine wissenschaftliche Meinungsverschiedenheit gibt.

Beide Ansätze haben ihre Vor- und Nachteile. **Die Politik funktioniert am besten, wenn alle miteinander einverstanden sind. Die Wissenschaft funktioniert am besten, wenn die Wissenschaftler offen widersprechen dürfen.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Interessanterweise scheint die jüngste Besessenheit von der „Faktenüberprüfung“ wissenschaftlicher Berichte mit dem Klimawandel begonnen zu haben. In den frühen 2000er Jahren bestanden einige Leute darauf, dass die IPCC-Berichte den endgültigen „wissenschaftlichen Konsens“ über den Klimawandel darstellten. Sie behaupteten, dass Journalisten, die eine „ausgewogene Berichterstattung“ über den Klimawandel betrieben, ein „falsches Gleichgewicht“ herstellten, indem sie implizierten, dass die Befürworter und Kritiker der IPCC-Berichte gleichmäßig verteilt seien. Infolgedessen fördern nun viele Journalisten diese Darstellung des „wissenschaftlichen Konsens'“, indem sie nicht über Erkenntnisse berichten, die dem widersprechen.

Befürworter dieses Ansatzes nennen es „zuverlässige Berichterstattung“,

was beeindruckend klingt. Aber eine bessere Beschreibung ist "narrativ-orientierter Journalismus". **Die Journalisten entscheiden sich für das Narrativ, das sie für „zuverlässig“ halten, und unterdrücken dann alle gegenteiligen Ansichten.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Dieser Ansatz der „verlässlichen Berichterstattung“ stellt eine große Belastung für Journalisten dar. Von ihnen wird verlangt, dass sie als Schiedsrichter für wissenschaftliche Meinungsverschiedenheiten fungieren.

In jüngster Zeit haben soziale Medienplattformen in ihrem tollkühnen Bestreben, die Verbreitung von „Fake News“ zu unterdrücken, eine ähnliche Belastung geschaffen.

„Faktenchecker“ behaupten, die Lösung zu bieten. Aber ein als Waffe eingesetzter „Fakten-Check“ ist nichts anderes als ein „Narrativ-Check“.

Die Wissenschaft gedeiht, wenn es Wissenschaftlern erlaubt ist, Bereiche wissenschaftlicher Meinungsverschiedenheiten zu untersuchen. **Wenn also Journalisten und soziale Medienplattformen „Faktenchecker“ einsetzen, um echte wissenschaftliche Meinungsverschiedenheiten zu unterdrücken, schalten sie die wissenschaftliche Forschung effektiv aus.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Willie Soon, Ph.D., and Ronan Connolly, Ph.D., are the co-authors with 21 other scientists of the peer-reviewed paper titled "[How much has the Sun influenced Northern Hemisphere temperature trends? An ongoing debate.](#)"

Link:

http://icecap.us/index.php/go/new-and-cool/shutting_down_genuine_scientific_inquiry/

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Jetzt beginnt die Ära der Klimaklagen – kleine NGOs machen

Politik für die Massen

geschrieben von AR Göhring | 29. September 2021

von AR Göhring

Große internationale „Nicht“-Regierungsorganisation wie Greenpeace GP, aber auch kleine Vereine wie die Deutsche Umwelthilfe DUH haben durch mediale Unterstützung viel zu viel Macht und können die Interessen elitärer Opportunisten durchsetzen. Neuester Clou: Mit vier „klimaschützenden Unterlassungsansprüchen“ wollen DUH und GP BMW und Mercedes-Benz ans Portemonnaie.

Trotz der dämpfenden Wirkung von Annalena Baerbocks Versagen haben die Grünen mit knapp 15% rund 6 % seit 2017 dazugewonnen – die Greta-Hysterie und der acht Milliarden schwere Staatsfunk haben ihr Möglichstes getan. Ob Baerbock und Habeck an der Spitze bleiben oder nicht – die Partei wird nun mit Rückenwind der Medien ein Klimaschutzministerium fordern (und wohl durchsetzen), das mit Milliardenaufwand, bzw. Umverteilung, noch mehr Profiteure reich, aber die werktätige Mehrheit ärmer machen wird.

Zu erwarten ist, daß angebliche Ökoschutzvereine wie DUH und *Germanwatch*, die schon unter Merkel teils zu Abmahnvereinen wurden, nun eine Art Lizenz zum Geldrucken bekommen. Mußte die DUH bislang noch kleine Möbelhändler ausnehmen, weil da jemand am Kühlschrank den Energie-Effizienz-Aufkleber abgemacht hatte, können sie nun den Generalangriff auf die Spitzen der deutschen Wirtschaft starten.

Zitat *Die Welt*:

Die Geschäftsführer von Greenpeace und der Deutschen Umwelthilfe (DUH) forderten Mercedes und BMW schriftlich dazu auf, ab 2030 keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr in den Markt zu bringen, und zwar weltweit. Sie setzten den Autobauern eine Frist bis zum 20. September, 10 Uhr.

Beide Autobauer lehnten ab. Daher wurde am 21.9. Klage eingereicht. Vielflieger Jürgen Resch ist sich sicher:

„BMW und Mercedes-Benz verstoßen durch ihre besonders klimaschädlichen Fahrzeugflotte und vielen SUV-Stadtpanzer gegen das ‚Grundrecht auf Klimaschutz‘. Wir werden ein Ende von Diesel- und Benzin-Pkw ab 2030 auf dem Klageweg durchsetzen.“

Lustig: Die „SUV-Stadtpanzer“ werden überwiegend von Grünwählern

gefahren.

Ist die Klage eigentlich rechters? Wahrscheinlich ja, und das liegt am neuen Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, dessen Text wohl teilweise beim PIK und dem Politiker-Ehemann der berichterstattenden Richterin (Verfahrensleiterin) Gabriele Britz abgeschrieben wurde.

Der klagende Anwalt Remo Klinger dazu:

„Das Urteil der Verfassungsrichter bedeutet, dass wir ein Grundrecht auf Klimaschutz haben. Und dieses Grundrecht muss nicht nur der Staat achten, daran müssen sich auch große Konzerne halten, die für den Ausstoß von mehr CO₂ verantwortlich sind als ganze Industriestaaten. Das fordern wir jetzt vor Gericht ein“

Wieviel Geld bei der Klage für die NGOs herauspringt, ist unklar. Der Klimaanwalt hat auf jeden Fall seinen Schnitt gemacht. Und durch Publizität kommen Spenden herein, lohnt sich allemal.

Auch Volkswagen wird beklagt: Hier ist die Hamburger Anwältin Roda Verheyen für Greenpeace tätig. Pikant: Im Mai wurde sie für sechs Jahre zur Richterin am Verfassungsgericht HH gewählt. Dürfen Richter und Ankläger heute dieselben sein? Das erinnert an Sylvester Stallones „Judge Dredd“.

Zur Erinnerung: Sebastian Lüning en détail zum seltsamen Klimaurteil des VerfG:

Überall in Europa: Die Strompreise gehen durch die Decke

geschrieben von Admin | 29. September 2021

In ganz Europa kostet Elektrizität immer mehr. Die Ursachen sind die kriselnde Gasversorgung und die höheren Abgeltungen für CO₂-Emissionen. Die gestiegenen Strompreise könnten ein Vorgeschmack auf das sein, was mit der Umsetzung der Klimapolitik droht.

von Alex Reichmuth

In der Schweiz haben die Stromkunden Glück. Die Preise steigen

hierzulande nur sehr moderat. Vor wenigen Tagen hat die Elektrizitätskommission (Elcom) bekannt gegeben, dass der Strom 2022 um durchschnittlich drei Prozent teurer wird. Als Grund für die Erhöhung nennt die Elcom, dass die Preise am Termin- und Spotmarkt seit dem zweiten Quartal dieses Jahres stark gestiegen seien, was wiederum auf deutliche Verteuerungen von Gas, Kohle und CO₂ zurückzuführen sei.

Der typische Schweizer Haushalt muss nächstes Jahr nun 21,2 Rappen pro Kilowattstunde Strom bezahlen, 0,7 Rappen mehr als jetzt. Das ist wenig im Vergleich zu dem, was Elektrizität in Deutschland kostet. Hier kommt die Kilowattstunde (für einen Haushalt mit 4000 Kilowattstunden Jahresverbrauch) heute schon auf über 30 Cents zu stehen – so viel wie sonst nirgends in Europa.

Teure Ökostrom-Umlage in Deutschland

Die Preissteigerungen in den letzten Jahren waren enorm. Musste ein deutscher Privathaushalt 2004 jährlich noch insgesamt 712 Euro für die Stromrechnung aufbringen, sind es dieses Jahr bereits 1180 Euro. Teuer zu stehen kommen insbesondere die laufend steigenden Zuschläge und Abgaben, insbesondere die Ökostrom-Umlage mit 6,5 Cent pro Kilowattstunde. Den Deutschen drohen weitere kräftige Preissteigerungen – und das nicht nur, weil Gas und Kohle teurer geworden sind: Zum einen trug die Windenergie aus meteorologischen Gründen im ersten Halbjahr 2021 unterdurchschnittlich zur Stromversorgung bei, und auch jetzt im September herrscht wieder Flaute. Zum anderen dürften das eben verschärfte deutsche Klimaziel (65 Prozent weniger CO₂-Ausstoss bis 2030) und die damit verbundene Dekarbonisierung die Nachfrage nach Strom in den nächsten Jahren kräftig anheizen. Die Bundesregierung sieht sich zu Maßnahmen gezwungen: Sie will die Ökostrom-Umlage abschaffen und die Subventionen für erneuerbare Energie künftig aus dem Staatshaushalt finanzieren (siehe hier).

Milliardenbetrag aus Staatskasse bremst Stromverteuerung

Nebst Deutschland hatten letztes Jahr Dänemark mit 29,9 Cents pro Kilowattstunde und Belgien mit 28,3 Cents die höchsten Strompreise Europas. Hingegen bezahlte man in Ungarn und Bulgarien nur rund 10 oder 11 Cents. Im Schnitt kam die Kilowattstunde Strom in Europa letztes Jahr auf 21,5 Cents zu stehen.

Auch Italien lag mit 22,3 Cents auf den vordersten Ränge punkto Strompreise. Und es geht weiter nach oben. Schon während diesem Sommer stiegen die Preise um rund 10 Prozent – und es wäre noch deutlich teurer geworden, hätte nicht die italienische Regierung den Anstieg mit einem Milliardenbetrag aus der Staatskasse gebremst. Vor kurzem musste Umweltminister Roberto Cingolani aber weitere drastische Preissteigerungen für Strom wie auch für Gas ankündigen.

Preis für den Kohlendioxid-Ausstoß fast verdoppelt

Preistreibend wirkt auch in Italien die Verteuerung von Emissionszertifikaten, die die Produzenten von fossilem Strom erwerben müssen. Der Preis für eine Tonne CO₂ hat sich am Europäischen Emissionshandel seit Anfang Jahr von etwas über 30 Euro auf rund 60 Euro erhöht. Mit der Umsetzung des Klimaschutzpakets der EU sind weitere kräftige Preissteigerungen absehbar. Cingolani warnte im italienischen Parlament davor, dass die CO₂-Preise «die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Systems sowie die soziale Gerechtigkeit und die Lage auf dem Arbeitsmarkt» beeinträchtigen könnten. Gar zu Notmassnahmen sah sich die spanische Regierung gezwungen. Auch hier sind die Strompreise auf einen Rekordstand geklettert. Seit Anfang Jahr beträgt die Preissteigerung für Endverbraucher satte 35 Prozent. Die Regierung hat nun dringlich verfügt, dass die Gewinne der Betreiber von Atom- und Wasserkraftwerken herabgesetzt werden.

Feuer sorgt für zusätzliche Preisschübe in Großbritannien

Auch Großbritannien verzeichnet Rekordpreise für Strom. Ein Brand in einem Stromverteilzentrum in diesem September hat die Preise noch zusätzlich angeheizt. Denn das Feuer hat den weiteren Betrieb einer Untersee-Stromleitung nach Frankreich vorläufig verunmöglicht, wodurch in den nächsten Monaten Stromimporte vom europäischen Kontinent eingeschränkt sind. Die teuren Rechnungen kommen zu einem Zeitpunkt, da Grossbritannien gleich wie die EU die Dekarbonisierung der Energienetze vorantreiben will. Verteuerungen könnten zu Protesten gegen die Klimapolitik führen. Ganz allgemein hat man in den europäischen Staaten Angst vor dem Zorn des Volkes. Nachdem der Protest der sogenannten Gelbwesten in Frankreich Präsident Emmanuel Macron vor zwei Jahren gezwungen hat, Preiserhöhungen beim Benzin zurücknehmen, fürchten sich die Regierungen, dass die forcierte Klimapolitik Demonstrationen und Ausschreitungen hervorruft. Denn die angestrebte Dekarbonisierung sowie die hohen CO₂-Preise zählen zu den wichtigsten Preistreibern beim Strom.

Putins Russland begrenzt die Gaslieferungen nach Europa

Daneben ist die aktuelle Gaskrise die zentrale Sorge, was die Preisentwicklung bei Elektrizität angeht. Etwa ein Fünftel des europäischen Stroms stammt aus Gaskraftwerken. Russland, einer der wichtigsten Lieferanten nach Europa, hat aber den Transit durch die Ukraine verknappt, um die neue Gasleitung Nord Stream 2 zu forcieren. Sowieso beliefert das Reich Putins derzeit lieber Kunden in Asien mit

Gas. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Flüssiggas-Lieferungen – etwa aus Katar oder den USA – nach Asien statt Europa gehen. Die hohen Strompreise in Europa könnten ein Vorgeschmack sein auf das, was mit der Umsetzung der Klimapolitik droht. Denn die Preise für CO₂ dürften in den nächsten Jahren wie erwähnt weiter steigen. Der Mehrbedarf an Elektrizität in den Bereichen Verkehr und Wohnen, wo man von fossilen Energieträgern wekommen will, wirkt ebenfalls preistreibend. Weiter ist zu erwarten, dass der Kontinent vermehrt auf die Stromproduktion mit Gas umsatteln muss und sich damit von einem Energierohstoff abhängig macht, der laufend teurer wird.

Gasstrom statt Atomstrom

Deutschland etwa wird nach dem angepeilten Atom- und Kohleausstieg auf Gas angewiesen sein, wenn es eine sichere Stromversorgung garantieren will. Und auch in der Schweiz läuft alles auf den Bau von Gaskraftwerken hinaus, um die drohende Stromlücke im Winter füllen zu können. So hat die EU-kritische Gruppierung Kompass/Europa jüngst den Bau von sechs Gaskraftwerken vorgeschlagen, die schon in 6 bis 7 Jahren in Betrieb gehen sollen (siehe hier). Allein die Finanzierung dieser Kraftwerke würden den Strompreis um vier Prozent verteuern. In der Schweiz könnte es bald vorbei sein mit maßvollen Preissteigerungen bei Elektrizität.

Der Beitrag erschien zuerst im Nebelspalter hier

Kalifornien hat Strommangel – jetzt werden neue Gaskraftwerke errichtet

geschrieben von AR Göhring | 29. September 2021

von AR Göhring

Nach Netzunterdeckung vor allem während des Hochsommers (Klimaanlagen etc.) hat die *California Energy Commission* (CEC) nun Lizenzen für neue konventionelle Kraftwerke herausgegeben.

Kalifornien galt in den 60ern und 70ern als DER Traumstaat der USA, wo es nicht nur Schauspieler und andere Filmschaffende hinzog. Surfen, Sonne, Hightech, IA-Bildung – dafür standen früher die küstennahen Städte wie die „Stadt der Mutter der Engel“ (LA) und San Francisco mit der Universität von Kalifornien, Standort Berkeley und dem *Silicon Valley*.

Der Reichtum und die Universitäten mit ihren vielen sich immer mehr aufblasenden halb- und pseudowissenschaftlichen Studiengängen haben viele Menschen aber träge und weltfremd gemacht. Ergebnis: Die ehemals beschauliche Traumstadt San Francisco ist heute weder für „woke“ Akademiker, noch für Touristen ein Traum. Die vielen kleinen gut geführten Hotels gibt es noch, aber die jahrzehntelang von politischen Hippies regierte Stadt führte zu flächendeckender Verwahrlosung: Überall in Frisco zelten Obdachlose, von denen viele drogenabhängig und verwirrt und aggressiv sind. Überall liegen Müll und sogar große Ansammlungen Exkremente herum.

Die „woken“ Studenten und Künstler wechselten daher schon in den Nuller Jahren ins nördlich gelegene Oregon, in die größte Stadt Portland, die seitdem ähnliche Degenerationserscheinungen zeigt.

Der größte Unheilstifter ist der eigentlich konservative Politiker Arnold Schwarzenegger, der sein „Terminator“-Image nutzte, um Ministerpräsident (Gouverneur) in Sacramento zu werden. Er fuhr jahrelang eine grüne und fiskalisch ruinöse Politik, die von seinen Nachfolgern fortgesetzt wurde. So beklagt der in Kalifornien ansässige Naturschützer Michael Shellenberger eine Zerstörung des Ökosystems Wüste durch die vielen Wind- und Solarparks im Bundesstaat.

Nicht nur vier- und mehrbeinige Wüstenbewohner leiden unter der „Ökostrom“-Hysterie der Eliten, auch die Verbraucher bekommen nicht mehr genug Strom, da die nicht-grundlastfähigen Windräder und PV-Anlagen den Bedarf fast nie decken können. Folge: Ministerpräsident Newsom mußte den Energie-Notstand mehrfach ausrufen; und die Bürger wurden zum Stromsparen, vor allem bei Elektroautos (!), aufgerufen.

Um den Energiewende-bedingten Strommangel zu beheben, werden nun in Kalifornien neue Gaskraftwerke gebaut. Kritikern ist schon lange klar, daß eine „ökologische“ Energie-Infrastruktur zwingend eine zweite Notfall-Ersatz-Infrastruktur benötigt. Die grünen Politiker bevorzugen dabei Methangas-Kraftwerke, da neben CO₂ auch Wasser als Verbrennungsprodukt anfällt – bei Kohle hingegen theoretisch nur CO₂.

Die Pointe: Zu Klimaschutzzwecken waren bereits Gaskraftwerke stillgelegt worden....

Neue Dokumentation enthüllt, wie

korrupt und destruktiv „Grüne Energie“ ist: „Das ist ein kaputtes System“

geschrieben von Chris Frey | 29. September 2021

[Pierre Gosselin](#)

Die Zukunft der grünen Energie ist überhaupt nicht grün. Ein beeindruckender neuer Dokumentarfilm zeigt, wie korrupt und zerstörerisch sie für unsere Umwelt ist.

[Hervorhebung im Original]

Ein ehemaliger KPMG*-Mitarbeiter in London stellt fest, dass die grüne Energiebewegung durch und durch korrupt ist.

„Die ganze Zeit über fühlten sich die Dinge komisch an. Es war wie eine Störung. Es fühlt sich einfach nicht richtig an. Diese Leute machen diese großen Projekte und verdienen eine Menge Geld. Aber sie sind nicht nachhaltig. Wissen Sie, das sind einige der egoistischsten Monster. In den Lieferketten dieser Unternehmen gibt es eine Menge dunkler Machenschaften. Es geht nur um Geld, und sie benutzen die Nachhaltigkeitsagenda nur als ein weiteres Instrument, einen weiteren Knüppel, mit dem sie ihre Lieferanten schlagen können.“ – Alexander Pohl, ehemaliger Mitarbeiter, KPMG London. „Diese Leute sind überall, es ist eine systemische Korruption.“

[*Was sich hinter der Abkürzung „KPMG“ verbirgt, ließ sich nicht feststellen. Es muss irgendein Finanz-Dienstleister sein. Vielleicht weiß ein Kommentator mehr. A. d. Übers.]

Die grüne Bewegung basiert auf Lügen: Der Mensch ist nicht der größte Klimatreiber, und die grünen Energien retten die Umwelt nicht. Das Gegenteil ist die Realität.

Marijn Poels neuester Film *Headwind* [Gegenwind] zeigt uns, dass ein Großteil der grünen Energien, die jetzt installiert werden, die Umwelt unwiderruflich zerstören und dass es den Konzernen darum geht, Tonnen von Geld zu verdienen:

Was uns heute als Lösung verkauft wird, wird morgen die Umweltkatastrophe sein.

Greta steht ein böses Erwachen bevor.

Also see:

<https://www.youtube.com/watch?v=Zk11vI-7czE>

Link:

<https://notrickszone.com/2021/09/26/new-documentary-reveals-how-corrupt-and-destructive-green-energies-are-this-is-a-broken-system/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE